

Medien, Macht und Meinungsmache - Die Geschichte eines Artikels bis zur Veröffentlichung

Stellungnahme zur Berichterstattung der Schwäbischen Zeitung zum Artikel vom 13.01. und 14.01.2023 "Dafür gingen sie regelmäßig auf die Straße"



Mahnwache am 22.09.2022 — Photo: Marco Ligon

Seit über 2,5 Jahren gehen viele Bürger deutschlandweit auf die Straßen, ob auf angemeldeten Demonstrationen oder als Spaziergänger-Bewegung. So auch in Ravensburg.

Zudem stellen die Mahnwachen vor den Medienhäusern, mit dem Projekt Leuchtturm ARD, die Macht der medialen Berichterstattung in diesen Krisenzeiten in den Fokus und auch in die Kritik.

Über viele Wochen hinweg standen engagierte Bürger vor dem Medienhaus "Schwäbisch Media" in Ravensburg. Mit Plakaten, Reden, offenem Mikrofon, sowie mit Briefen und E-Mails wollten sich die Menschen endlich Gehör verschaffen und "ihre Zeitung" zum Dialog auffordern. Denn in dieser einseitigen und oft diffamierenden Berichterstattung durch die Medien, konnten sich die Demonstrierenden nicht wiederfinden.

Nach wochenlangen Bemühungen gelang es schließlich Kontakte zum "Schwäbischen Blatt" aufzubauen und sowohl der Chefredakteur als auch ein Lokalredakteur signalisierten Gesprächsbereitschaft und gingen auch auf uns zu.

Mit fünf Vertretern dieser Bürgerbewegung wurden wir also für einen Artikel in die „Hallen“ geladen, wo für die Menschen in Oberschwaben die Nachrichten gemacht werden.

Bei uns war aufgrund der vergangenen Berichterstattung der letzten Jahre die Skepsis sehr groß, wieder in eine dieser "unwürdigen Schubladen" einsortiert zu werden.

Gut vorbereitet wollten wir sein und auch die Stimmen der vielen Menschen mit vertreten, welche mit uns schon so lange auf die Straße gingen. Daher starteten wir vorab eine Online-Umfrage mit Tausenden von Befragten unter dem Motto: "warum wir auf die Straße gehen".

Eines unserer Anliegen für das Treffen war etwa, die Wichtigkeit und Einhaltung des Pressekodex und dass sich viele Bürger einen regelmäßigen „runden Tisch“ zum Dialog wünschen. Denn gerade in den kritischen Themen dieser Zeit, erlebten wir die sogenannten Leit-Medien vielmehr als Erfüllungsgehilfen nur eines Narrativs und entfremdet von vielen Stimmen der Bevölkerung. Im Gespräch mit Journalisten aus den freien und alternativen Medien wurde uns zu einem „Wortlaut-Interview“ geraten.

Es sollte ein Balanceakt zwischen Absicherung und Vertrauensvorschuss werden.

Nun war es soweit. Im Gespräch mit dem Lokalredakteur der SZ am 25. Oktober 2022 konnten wir uns allerdings nur auf das Format "Frage-Antwort-Stück" einigen. Bei diesem, ähnlich eines Interviews, würden unsere Antworten wörtlich zitiert.

Der Redakteur würde lediglich eine kurze Einleitung und ein kurzes Schlusswort schreiben und mit 4 bis 6 zugesandten Fragen, auf die wir keinen Einfluss hatten, uns die Antworten überlassen.

Das klang nach einer fairen Vereinbarung. War es als ehrliches Interesse auf Augenhöhe gemeint? Sollte dies ein erster Schritt werden, die Spaltung der Gesellschaft auch durch die mediale Berichterstattung überwinden zu wollen?

Auf Nachfrage wurde uns die zur Verfügung stehende Zeichenlänge des Textes zugeschickt und diese wollten wir natürlich füllen.

Endlich also hatten wir das Wort und legten los und stellten fest: so einfach ist das nicht. In wenigen Sätzen unsere Gedanken, Nöte und Gründe für diesen Protest auf der Straße aufs Papier zu bringen.

Sollte sich unsere Zeit und die Arbeit welche wir investiert hatten und der Vertrauensvorschuss in Schwäbisch Media nun erfüllen?

Nach und nach wurden uns einige bittere Pillen aus dem „Glaspalast“ zugeschoben.

Plötzlich verlautete der zuständige Lokalredakteur, z. B. unsere Antworten eventuell "zartfühlend zu kürzen", oder die uns gestellten Fragen nachträglich noch etwas "gefälliger zu formulieren". Eine Gegenlese als vertrauensbildendes Zeichen wurde uns verweigert.

In der Autoren-Gruppe waren die 3 Frauen aufgrund dieser Entwicklung und der Vergangenheit nicht mehr bereit ihre Namen zu geben. Nur die beiden Männer wollten das Wagnis dieses Artikels eingehen und Vertrauen in eine faire Berichterstattung setzen.

Denn im persönlichen Gespräch lautete das Credo des Journalisten: "Ich werde Sie nicht in die Pfanne hauen".

Wochenlang warteten wir auf das Erscheinen des Berichts. Auf Nachfrage, musste dieser anscheinend mehrere Instanzen prüfenden Auges durchlaufen. Mit wieviel Herz und Hirn, Vorurteilen und Dogmen oder vielleicht auch Fremdbestimmung unsere Worte durch das letzte Sieb der Wahrhaftigkeit gegossen wurde, können wir nicht sagen.

Möge sich nun jeder Leser selbst ein Bild vom ursprünglichen Text und dem dann erschienenen Artikel aus dem Hause Schwäbisch Media machen.

Auf den folgenden Seiten nun unsere Antworten im Original auf die Fragen, die uns der stellv. Redaktionsleiter Ravensburg, zukommen ließ. Die Fragen wurden im Konsensverfahren von 5 Menschen aus der Bewegung beantwortet und an die Schwäbische Zeitung zurückgeschickt.

1. Warum wird gegen verschiedene Dinge, die inhaltlich nicht komplett zusammenpassen, auf einer gemeinsamen Demo protestiert?

Nach unserer Auffassung passen die Inhalte sehr gut zusammen. Denn diese stehen für die Interessen und Bedürfnisse der Menschen in diesem Land. FÜR geordnete Verhältnisse, FÜR Frieden und FÜR Freiheit, FÜR Rechtsstaatlichkeit und FÜR das Grundgesetz, FÜR Selbstbestimmung und FÜR Verhältnismäßigkeit, FÜR freie Medien nach dem Pressekodex, FÜR Bürgerbeteiligung durch Volksentscheide und vieles mehr.

Die Bandbreite an Themen zeigt, dass immer mehr Lebensbereiche der Menschen durch die politischen Entscheidungen in eine bedrohliche Schieflage geraten sind. Die Politik hat sich so weit von der Lebenswirklichkeit der Bürger entfernt, dass viele Menschen ihre Interessen nicht mehr vertreten sehen.

2. Wer meldet diese Demos an? In der Vergangenheit war das mehr als einmal der Kreisvorstand der Partei „Die Basis“. Sind das also parteigetriebene Veranstaltungen?

Alle Demos wurden bewusst privat angemeldet. Die sogenannten Spaziergänger sind als Bürgerbewegung entstanden und gehen ohne Anmeldung auf die Straße. Sicherlich gibt es auch inhaltliche Übereinstimmungen mit der Partei „die Basis“. Da die Beweggründe, welche die Menschen auf die Straße führen, über alle parteipolitischen Grenzen hinweg gehen, sollte dieses Schubladen-Denken beendet werden. Wir lehnen jegliches Parteien-Kalkül ab, denn die Probleme sind existenziell geworden und betreffen zunehmend alle Bevölkerungsgruppen. Mit unseren Umfragen in den sozialen Medien, mit Tausenden von Befragten und Themen zu den verschiedensten Lebensbereichen, lehnten zum Beispiel 2/3 der Teilnehmer das Parteiensystem ab. Dies zeigt uns: Es geht nicht um Parteien. Es geht um die Menschen, deren Lebensgrundlage und um unser Land.

3. Teilnehmer der Demonstrationen beklagen, ihre Stimme werde im gesellschaftlichen Diskurs nicht gehört. Was sagen Sie dazu?

Genauso ist es. Der gesellschaftliche Diskurs wird in hohem Maße durch die „Leit-Medien“ bestimmt, da diese die Informationen der Bevölkerung zur Verfügung stellen und damit eine bewusste oder unbewusste Meinungslenkung möglich wird. Die Berichterstattung war seit Beginn der Corona-Krise sehr einseitig, moralisch aufgeladen und ist es noch. Seit 2 ½ Jahren vermissen wir einen öffentlichen und sachlichen Dialog, mit Thesen und Antithesen von Experten relevanter Disziplinen. Auch wurden die Stimmen der Menschen nicht zugelassen, welche bereits 2020 bei den C-Maßnahmen auf Kollateralschäden aufmerksam machten und die Verhältnismäßigkeit infrage stellten. Laut einer „Allensbach“ Umfrage aus dem Jahr 2021 ist knapp die Hälfte der deutschen Bevölkerung überzeugt, dass eine freie Meinungsäußerung (Art. 5 GG) nicht mehr möglich ist, ohne mit Konsequenzen rechnen zu müssen. Wenn kritische Stimmen kaum zu Wort kommen, gezielt diffamiert, ausgegrenzt und herabgesetzt werden, um sie in ihrem Ansehen zu schädigen, ist das ein besorgniserregender Zustand und zeigt die Erosion der Demokratie.

4. Im Osten gibt es derzeit Demonstrationen, die sich inhaltlich gegen die gleichen Themen wenden wie Ihre. Dort sind die Veranstalter vielfach die AfD und Pegida. Wirft das nicht einen Schatten auf Ihre Initiative oder ist Ihnen das egal?

Die Menschen, welche deutschlandweit aktiv sind, lassen sich keinem eindeutigen politischen Milieu zuordnen. Der Versuch, die Proteste und Themen der Bürger, die sich gegen den Regierungskurs aussprechen in die politisch rechte Ecke zu stellen, geht fehl. Denn auch Sahra Wagenknecht von den „Linken“ vertritt ähnliche Inhalte. Das zeigt nur, dass es das alte „Links“ und „Rechts“ nicht mehr gibt und dass die Teilnehmer in keine der bisherigen politischen Raster passen. Das Denken in Kontaktschuld und in Feindbildern wird den Menschen auf der Straße nicht gerecht und führt nur weiter zu Unverständnis und Spaltung. Daher sind für uns die Gründe relevant, warum die Bürger auf die Straße gehen. Im Osten sind die Menschen aufgrund der DDR-Vergangenheit viel sensibler, was politische Bevormundung angeht. Die Sorgen der Menschen sind überall die gleichen. Aus unseren Umfragen geht hervor, dass es um die Unzufriedenheit mit der Legislative, der Exekutive, der Judikative und der sog. vierten Gewalt, den Medien geht.

5. Was wollen Sie mit Ihren Demos erreichen? Glauben Sie, dadurch Energiepreise zu senken und Putin an den Verhandlungstisch zu bekommen?

„Wer schweigt, stimmt zu“ heißt ein aktuelles Buch von Ulrike Guérot. Wir sind friedliche und engagierte Menschen aus der bürgerlichen Mitte und machen darauf aufmerksam, dass es auch bei uns Machtmissbrauch, Lügen und Korruption gibt. Finanzielle Hilfen werden reichlich exportiert während immer mehr Menschen bei uns verarmen und oft alleine gelassen sind. Wir stehen für Demokratie und das Grundgesetz und gehen für Frieden und Diplomatie auf die Straße, um uns gegen diesen Krieg auszusprechen. Nicht der Krieg in der Ukraine lässt unsere Energiepreise explodieren, sondern die Entscheidungen der deutschen Politik. Die Sanktionen und Waffenlieferungen gefährden unsere Infrastruktur und unsere Sicherheit massiv. Wir können keinen Einfluss auf fremde Regierungen ausüben, aber unsere daran erinnern, worauf sie einen Eid geschworen haben, von wem sie bezahlt werden und wer dieses Land mit seiner Arbeit und Steuern trägt. Unsere Politik hat diesen Wirtschaftskrieg mitverschuldet und ist dabei, Deutschland auf dem Altar von Macht-, Fremdinteressen und globaler Strategien zu opfern. Eine dem Gemeinwohl dienende Politik, würde die Bürger im eigenen Land niemals gefährden und schädigen. Oskar Lafontaine benennt das klar in seiner Fundamentalkritik in der BZ: „Deutschland handelt im Ukraine-Krieg als Vasall der USA“.

6. Sie demonstrieren auch gegen Corona-Schutzmaßnahmen. Wer nicht Bus und Bahn fährt oder mal zum Arzt muss, ist davon nicht mehr betroffen. Was bezwecken Sie damit?

Es gibt noch immer Betroffene, welche genötigt werden diese Maßnahmen gegen ihren Willen erdulden zu müssen. Z.B. die Impfpflicht im Pflegebereich oder in der Bundeswehr. Das Maske tragen ist in einigen Lebensbereichen noch Pflicht, obwohl es zahlreiche wissenschaftliche Studien gibt, die darin einen geringen Nutzen sehen aber gesundheitliche Gefahren belegen. Die C-Maßnahmen waren z.T. eine Beleidigung für den gesunden Menschenverstand. Da die Politiker anhand der Verordnungen die Maßnahmen wieder aktivieren können, ist dieses kontroverse Thema nicht beendet.

Zudem wurden die Kritiker der Corona-Maßnahmen und Impfskeptiker über 2,5 Jahre politisch-medial diskriminiert, ausgegrenzt und gehetzt. Millionen Bürger wurden quasi über Nacht z.B. als

Nazis diffamiert. Darunter viele zuvor angesehene Experten, Mediziner und Wissenschaftler. Betroffene haben Freunde und Familie verloren und „Ungeimpfte“ ihre Arbeit. Die Gesellschaft wurde politisch-medial gespalten, damit geht ein tiefer Riss durch unsere Bevölkerung und Demokratie.

Die ausgegrenzten Stimmen müssen zu Wort kommen und die Kritiker vollständig rehabilitiert werden. Denn es zeigt sich, dass die Bedenkenträger mit vielem Recht hatten. Wir brauchen eine diskriminierungsfreie Gesellschaft. Zudem braucht es eine vollständige wissenschaftliche und juristische Aufarbeitung aller Maßnahmen, der Impfschäden und der dafür verantwortlichen Personen.

© Joachim Kaiser, Daniela Nowotny, Marco Ligon, Iris Cassier, RAin Cornelia Letsche

Auf der nächsten Seite nun das Ergebnis der Schwäbischen Zeitung, veröffentlicht am Freitag, 13.01.2023 in der Ravensburger Lokalausgabe und am 14.01.2023 in der Rubrik „Landkreis Ravensburg“ sowie der Onlineausgabe.

Auf der übernächsten Seite dann ein Leserbrief dazu vom 20.01.2023. Danke an die Schreiberin und an die Schwäbische Zeitung fürs Abdrucken (ein hoffnungsvolles Zeichen).

Dafür gingen sie regelmäßig auf die Straße

„Spaziergänge“ gegen alles? – Das steckt hinter den Anti-Regierungsprotesten in Ravensburg

Von Bernd Adler

RAVENSBURG - Fast jede Woche haben Menschen im Herbst und Winter in Ravensburg gegen den Kurs der Bundesregierung demonstriert – mit bis zu 500 Teilnehmern, zunächst montags, danach samstags. Die Demos richteten sich gegen die hohen Energiepreise, die Protestierenden forderten einen Schluss der Sanktionen gegen Russland und wandten sich gegen Waffenlieferungen an die Ukraine. Zudem wurde gegen Corona-Maßnahmen demonstriert. Wer sind diese Leute und wie passen die unterschiedlichen Ziele dieser Proteste zusammen?

Während im vergangenen Winter und Frühjahr regelmäßig sogenannte Spaziergänger durch die Ravensburger Innenstadt zogen, um gegen die staatlichen Corona-Schutzmaßnahmen zu demonstrieren, änderte sich im Spätsommer das Gesamtbild. Nun gab es nicht mehr als Spaziergänger getarnte verbotene Aufmärsche, sondern angemeldete Demonstrationen, teilweise mit Abschlusskundgebungen. Mitunter mit einem „offenen Mikro“, bei dem jeder das Wort ergreifen durfte. Dabei ging es unter anderem um eine Verschwörung einer weltweiten Wirtschaftselite, ein anderes Mal um die angeblich vertuschte Zahl schwerer Schäden durch Corona-Impfungen. Bei Folge-Demos stellten die Organisatoren das „offene Mikro“ dann ab. Insgesamt hörte man bei den Protesten auch harsche Kritik an den Medien, die angeblich nicht frei und unabhängig berichteten. Andere Stimmen als die der „Meinungspressen“ würden nicht gehört, lautete ein Vorwurf. Die Redaktion der „Schwäbischen Zeitung“ unternahm daraufhin den Versuch, die Positionen der Organisatoren näher auszuloten.

Wofür stehen die Demonstranten? Nach einem Gespräch mit sechs Teilnehmern bei Schwäbisch Media wollte zunächst keiner der Beteiligten offen mit Namen seine Meinung vertreten. Zudem bestand die Gruppe darauf, den fertigen Text vorab bearbeiten und freigeben zu wollen. Das lehnte die Redaktion ab.

Die Organisatoren und Teilnehmer der Demos hatten im Nachgang zum Gespräch die Gelegenheit, zu Kernfragen schriftlich Stellung zu beziehen. Zwei von ihnen waren am Ende bereit, ihren Namen zu nennen: Joachim Kai-



Gegen die Politik der deutschen Bundesregierung gab es in Ravensburg in der jüngsten Vergangenheit regelmäßig Demonstrationen. ARCHIVFOTO: BERND ADLER

ser und Marco Ligon. Kaiser ist im Ravensburger Kreisvorstand der Partei Die Basis. Ligon will mit dieser Vereinigung und auch mit anderen nichts zu tun haben. Ihm geht es, so sagt er, nur um die Sache. Was viele Beobachter nicht so richtig verstanden: Wogegen demonstrieren die eigentlich? Gegen alles?

Die vermengten unterschiedlichen politischen Ziele bei den Demos, in der Summe gemeint als ein Protest gegen das Agieren der Bundesregierung, halten die Protestzügler für keinen Widerspruch. Vielmehr passe das sehr gut zusammen, sagen sie. Die Demonstranten stehen, „für die Interessen und Bedürfnisse der Menschen in diesem Land. Für geordnete Verhältnisse, Frieden und Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und das Grundgesetz, Selbstbestimmung und Verhältnismäßigkeit, freie Medien, Bürgerbeteiligung durch Volksentscheide und vieles mehr.“

Dass die oberschwäbische Protestbewegung ähnliche Aussagen formuliert wie die vielfach von Pegida und AfD organisierten Demonstrationen im Osten des Landes, halten die hiesigen Organisatoren nicht für problematisch. Sie sagen: „Der Versuch, die Proteste und Themen der Bürger, die sich gegen den Regierungskurs aussprechen, in die politisch rechte Ecke zu

stellen, geht fehl. Denn auch Sahra Wagenknecht von den Linken vertritt ähnliche Inhalte.“

Natürlich unterstützten die Demonstranten keinen Krieg in der Ukraine. Sie halten ihn aber für eine Folgeerscheinung der westlichen Außenpolitik und des Kurses der deutschen Regierung, sagen sie.

Ihrer Ansicht nach gibt es in Deutschland „Machtmissbrauch, Lügen und Korruption“. Zu viel Geld fließe ins Ausland, während hierzulande die Menschen verarmten: „Unsere Politik hat diesen Wirtschaftskrieg mitverschuldet. Oskar Lafontaine benennt das klar in seiner Fundamentalkritik in der „Berliner Zeitung“: „Deutschland handelt im Ukraine-Krieg als Vasall der USA.“

Angemeldet haben die legalen Demos in der Vergangenheit ausschließlich Privatpersonen. Einige davon sind aktiv in der Partei Die Basis, die vor zwei Jahren im Umfeld der Proteste gegen Corona-Maßnahmen entstand. Dennoch seien die Proteste keine Parteiveranstaltungen, wie die Organisatoren beteuern. In ihrer Stellungnahme heißt es, dass es „sicherlich“ inhaltliche Übereinstimmungen gebe mit Die Basis. Ihre Beweggründe sehen die Demonstranten aber als über parteipolitische Grenzen hinweggehend. Nicht zuletzt aufgrund ihrer eigenen

Umfragen unter den Teilnehmern der Demos in sozialen Medien. Demnach lehnt davon ein Drittel das deutsche Parteiensystem ab. Rechtsstaatlichkeit, Grundrechte und freie Meinungsäußerungen gelten für sie als höchste Gebote, sagen sie.

Nicht zuletzt wehren sich die Protestler gegen Corona-Schutzmaßnahmen, selbst wenn die nur noch in wenigen Bereichen angewandt werden. Sie sind der Meinung, die Politik habe jederzeit die Möglichkeit, wieder Verschärfungen einzuführen, daher sei das Thema nicht abgeräumt. „Zudem wurden die Kritiker der Corona-Maßnahmen und Impfskeptiker zweieinhalb Jahre politisch-medial diskriminiert, ausgegrenzt und gehetzt.“ Daher sei es nun an der Zeit, „ausgegrenzte Stimmen“ zu hören und Kritiker vollständig zu rehabilitieren. Neben der Kritik an der Bundesregierung und ihrem Kurs nehmen die Demonstranten auch die deutschen Medien ins Visier, die angeblich seit Beginn der Corona-Krise einseitig berichteten. Laut einer Umfrage des Allensbach-Instituts von 2021 traue sich ein Drittel der Deutschen nicht mehr, offen seine Meinung zu sagen, ohne Konsequenzen zu befürchten: „Wir vermissen einen öffentlichen und sachlichen Dialog, mit Thesen und Antithesen von Experten relevanter Disziplinen.“

Leserbrief

**Liebe Leserinnen,
liebe Leser,**

wir freuen uns über Ihre Leserbriefe. Diese sollten nicht länger als etwa 2000 Zeichen (einschließlich Leerzeichen) sein. Wir behalten uns Kürzungen vor. Vermerken Sie immer Ihre Anschrift und Telefonnummer. Anonyme Briefe veröffentlichen wir nicht.

Richten Sie Ihre Leserbriefe zu lokalen Themen bitte an redaktion.ravensburg@schwaebische.de

Ihre Redaktion

„Wir waren die Schuldigen“

Zu „Dafür gingen sie regelmäßig auf die Straße“ (13. Januar):

Hiermit bekenne ich mich zur regelmäßigen Montagsspaziergängerin. Ungeimpft in einer sozialen Einrichtung tätig, war ich diejenige, die täglich getestet wurde und das Virus auf gar keinen Fall einschleppen wollte, da mit Argusaugen auf uns geschaut wurde. Währenddessen durften sich die Geimpften in den Einrichtungen – freiwillig – zweimal die Woche testen.

Während man uns in Ravensburg die Lichter ausschaltete, den Marienplatz absperren ließ und wir allenfalls noch in Lebensmittelläden und Drogeriemärkten einkaufen gehen durften, tummelten sich die Geimpften in Restaurants, Kneipen, Saunen, Fußballstadien, ... Getestet wurde nur selten, denn man war ja geimpft.

Es war die Zeit, als die Geimpften den Ravensburger Einzelhandel mit goldenen Bändchen am Arm besuchten und wir sehen konnten, wie wir an Weihnachtsgeschenke, Winterschuhe, Lesestoff, ... kamen.

Es war aber auch die Zeit, als die Corona-Welle viele Einrichtungen längst erfasst hatte und eine Menge Mitarbeiter an Covid erkrankten – ganz egal ob geimpft oder nicht

Und es war so einfach, uns dafür verantwortlich zu machen. Uns an den Arbeitsstellen auszugrenzen, in den Medien anzugehen, auf offener Straße anzupöbeln: Wir waren die Schuldigen, die Asozialen, die Deppen, die verrecken sollten (O-Ton einiger Passanten!).

Es war auch die Zeit, als die Geimpften aus ihren Skiurlaube zurückkamen – mit Corona im Gepäck – und wir Ungeimpften (täglich getestet) immer noch zu Hause saßen.

Das ist der Grund, warum ich montags auf die Straße gegangen bin! Und warum man mich bisweilen immer noch dort trifft? Weil es so einfach wäre, an diese Zeit nicht mehr erinnern zu müssen. Aber vielleicht wollen wir Ungeimpften nicht, dass die Zeit in Vergessenheit gerät. Jens Spahn schreibt in seinem Buch: „Wir werden uns viel verzeihen müssen.“ Doch verzeihen kann nur, wer um Verzeihung gebeten wird!

Anja Grenz, Ravensburg